

Exkursionen
Aktuelles zum
Verein

spannende studentische
Arbeiten

Bayreuth

SOV
Internationale Wirtschaft und
Governance

vub.
Kneipentouren

ALLSTARS

Alumni-Interview

Economics

Internationale Wirt-
schaft & Entwicklung

Volkswirtschaft an der Uni Bayreuth

Professoreninterviews

#vubeinlebenlang

Interview mit Prof. Lars P. Feld (Wirtschaftsweiser)

Interview mit Fabian Herweg Professor
für Verhaltensökonomie

Student korrigiert in BA
Wissenschaftlichen-Journal
Artikel

INHALT

3	Editorial
4	Aktuelles zum vub
6	Zusammenfassungen von Bachelor- und Seminararbeiten:
	• Das Potenzial ausländischer Direktinvestitionen als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit
10	• Gender and Income Inequality – Explaining Country-Specific, Time-Invariant Heterogeneity
14	• Trade Policy, Maritime Transport and Export Zeros: Product-level Evidence from U.S. Exports
19	Interviews:
	• mit Professor Herweg
21	• mit Wirtschaftsweiser & Professor Lars P. Feld
24	• mit Alumnus Thomas Kühlmann
26	Bericht Entwicklungstag
27	Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Highlight dieser Ausgabe ist das Interview mit dem Wirtschaftsweiser Prof. Feld, der uns einige interessante Einblicke in seine Arbeit geben konnte und sich auch investigativen Fragen stellte. Weitere Interviews mit Professor Herweg und Alumnus Thomas Kühlmann stellen uns die jeweilige Arbeitswelt in Forschung und freier Wirtschaft vor.

Auch bei den enthaltenen Artikeln sind es spannende und aktuelle Themen der VWL, besonders hervorzuheben ist dabei der Artikel von Augustín Faure in welchem er seine Bachelorarbeit präsentiert, in der er einen Fehler in einem der Arbeit zugrunde liegenden Papier korrigiert. In den anderen beiden Artikeln geht es um die Gründe der Lohnungleichheit und in dem anderen wie sich ausländische Direktinvestitionen positiv auf die Entwicklungszusammenarbeit auswirken können.

Natürlich gibt es auch Berichte zu den Aktivitäten des vubs und der neue Vorstand stellt sich ebenfalls vor.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen,
Euer vub Magazin Team

Über alle Veranstaltungen die der vub in diesem Semester gemacht hat berichten wir hier

Sektempfang und Erstsemesterprogramm zum Wintersemester

Wieder einmal wurden zu Beginn des neuen Semesters am 16.10. die neuen Erstsemester gebührend an der Uni Bayreuth von uns und den VWL Professoren und Mitarbeitern, mit Sekt und Gebäck begrüßt. Die Erstsemester konnten sich zu den Aktivitäten des vubs und insbesondere dem Planspielwochenende informieren. Nach kurzer Pause ging es auch schon um 19 Uhr auf dem Sternplatz mit der Kneipentour durch die vielfältige Bayreuther Kneipenszene weiter. Mit dem Buddyabend wurde das Erstsemesterprogramm fortgesetzt, dabei konnten die Erstis wichtiges zu Studium und dem Leben in Bayreuth von ihren Mentoren erfahren.

Fallstudie in Pottenstein

Wieder einmal gab es ein spannendes und lehrreiches Planspiel in Kooperation mit dem Lehrstuhl VWL I (Herz) am 27./28. Oktober. Positiv hervorzuheben über dieses Planspiel waren die kleineren Gruppen; so wurden Mitarbeit und Kommunikation erleichtert. Dieses Mal ging es aufgrund der großen Teilnehmerzahl nach Pottenstein und nicht wie sonst üblich nach Weißenstadt. Abends konnten die Teilnehmer die Einblicke in die Makroökonomie bei der gemeinsamen Party ausklingen lassen.

Exkursion nach Berlin

Dieses Semester können wir von einer unvergesslichen Exkursion nach Berlin berichten. Lobbycontrol, Auswärtiges Amt, Bundestag mit Silke Launert MdB, VDA und die Commerzbank standen auf dem Programm. Bei der Auswahl dieser Unternehmen und Organisationen wurde für alle vub-Mitglieder etwas geboten. Ein umfangreiches, unterhaltsames Rahmenprogramm war selbstverständlich auch Teil der Exkursion. Wie immer war auch die Fahrt in den Bussen eine gute Gelegenheit sich besser kennenzulernen und auf der Rückfahrt etwas Schlaf nachzuholen.

Neujahrsvorlesung mit Prof. Feld

Am 09.01. hielt Prof. Lars P. Feld die aufgrund der Terminkollision mit der Weihnachtssvorlesung auf das neue Jahr verlegten alljährlichen Neujahrsvorlesung. Prof. Feld ist Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Direktor des Walter-



Prof. Feld an der Neujahrsvorlesung

Eucken-Instituts. Prof. Feld repräsentiert im Sachverständigenrat die Finanzwissenschaft und referierte zum Thema „Vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen“. Es wurden die aktuelle, sowie die zukünftige wirtschaftliche Situation in Deutschland dargestellt, als auch Themen wie Handelskonflikte und die Situation in Europa. Weitere Einblicke in die wirtschaftspolitische Tätigkeit konnte uns Prof. Feld in einem Interview, welches in dieser Ausgabe enthalten ist, geben.

Workshop mit Deloitte zum Thema Transfer Pricing & Vortrag der Welthungerhilfe

Unseren ersten Workshop in diesem Jahr hatten wir am Mittwoch, den 23. Januar 2019, zum Thema Verrechnungspreise. Die Dozenten für diesen Workshop waren der Alumnus Anton Fußstetter und Senior Manager Dr. Benjamin Protte. Mit dem Fachwissen der beiden Ökonomen konnten die Teilnehmer einen spannenden Einblick in die Thematik der Verrechnungspreise (Teil der Kosten- und Leistungsrechnung) erhalten.

Kurz vor Vorlesungsende hatten wir Lena Bassermann (Policy Advisor bei der Welthungerhilfe e.V.) zu Gast, die zum Thema [...] Ökonomie des Hungers“ referierte. Dabei wurden Probleme der Entwicklungszusammenarbeit, am Beispiel der Welthungerhilfe, aufgezeigt. Wir haben uns sehr über die Möglichkeit gefreut, diesen Vortrag anbieten zu können, da so insbesondere IWE- und IWGler angesprochen werden konnten.

Auch dieses Jahr hatten wir wieder einige Stammtische im Schinner und im Winterdorf, sowie ein gemütliches Afterwork mit Glühwein und Weihnachtsgebäck vor dem vub Büro. Dabei

konnten die Erstsemester den vub kennenlernen und auch höhere Semester sich gut miteinander austauschen und vernetzen.



Planspielwochenende



Berlin Exkursion



vub Afterwork

Das Potenzial ausländischer Direktinvestitionen als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit

Aus der Bachelorarbeit von Sandra Haas im Studiengang *Internationale Wirtschaft und Entwicklung SS 2018 - Institutionenökonomische Analyse der Rahmenbedingungen für Entwicklungserfolge durch FDI*

Die traditionelle Entwicklungspolitik befindet sich seit mehr als einer Dekade in einer Krise: mangelnde Kohärenz der Strategien und Akteure, sowie fehlende Legitimation und ausbleibende Entwicklungserfolge erhöhen den Reformdruck. Grundsatz- und Wirkungsdebatten fordern die Entwicklungspolitik heraus. Es kommt die Frage nach alternativen Strategien der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf. Nicht zuletzt auch, da sich neuerdings Schwellenländer, wie China, Brasilien oder Indien, als alternative Geberländer auf dem internationalen Parkett der EZ betätigen.

Aktuelle politische Debatten und Entwicklungen, wie die „Europäische Investitionsoffensive für Drittländer“ der Europäischen Union oder die „Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), greifen die Problematik auf und setzen einen Fokus auf alternative Finanzierung von Entwicklungshilfe durch private Investitionen. Beide Pläne basieren auf der Annahme, dass es einen positiven, kausalen Zusammenhang zwischen ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) und der Entwicklung eines

Landes gibt. Die Strategien zielen darauf ab, durch staatlich geförderte private Investitionen lokale Wirtschaftsstrukturen auf- bzw. ausbauen und Armut zu verringern. Vor dem Hintergrund der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und dem damit verbundenen immensen Bedarf an Kapital zur Schaffung von Strukturen, auf denen nachhaltige Entwicklung aufbauen kann, werden Investitionen im Privatsektor als vielversprechendes Instrument dargestellt, durch das zusätzliches Kapital, ergänzend zur öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA), generiert und Arbeitsplätze und Bildungsmöglichkeiten geschaffen werden können. Durch verschiedene Garantieinstrumente und Sicherheiten, sollen Anreize gesetzt werden, um ausländische private Investoren dazu zu bringen, auch in wirtschaftsschwachen und oft zugleich politisch fragilen Staaten mit suboptimalen Investitionsbedingungen zu investieren.

Die natürliche Divergenz zwischen den Entwicklungspolitischen Zielen der beteiligten Staaten und den unternehmerischen Zielen der Investoren bedarf dabei einer zielorientierten Lenkung und Auswahl der Investitionen von staatlicher Sei-

te, da es eine Vielzahl an Faktoren gibt, welche die Art und Wirkung von FDI beeinflussen und subsequent auch den entwicklungspolitischen Beitrag eben dieser definieren. Die gegenwärtigen Entwicklungen fokussieren also private Investitionen als zukunftweisendes Instrument der EZ. Deshalb soll in dieser Arbeit untersucht werden, ob FDI eine Alternative zu der herkömmlichen finanziellen Entwicklungszusammenarbeit darstellen und unter welchen Bedingungen tatsächlich eine positive Wirkung von FDI auf Entwicklungsländer erwartet werden kann.

Aufgrund des angenommenen positiven Einflusses von FDI auf Entwicklung, liberalisieren und reformieren Staaten weltweit ihre Investitionspolitiken und Rahmenbedingungen, um mehr FDI anzuwerben. Im Jahr 2017 haben weltweit 65 Länder mindestens 126 politische Maßnahmen im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen durchgeführt. Insgesamt 84% der Maßnahmen waren aktiv darauf ausgerichtet, die Attraktivität als FDI-Standort durch Liberalisierung oder FDI Förderung zu steigern.

Ob und in welchem Umfang sich eine ausländische Direktinvestition positiv auf das Empfängerland auswirkt, hängt von einer Vielzahl an Faktoren ab. Zum Beispiel von der Motivation hinter der Auslandsinvestition, wie z.B. das Ziel, dieselben Produkte wie in Deutschland auf dem Auslandsmarkt zu vertreiben oder das Ziel, durch Verlagerung eines Produktionsprozesses ins Ausland, Kosten zu sparen. Ferner haben auch die Art der Investition (Neugründung einer Tochterfirma, Fusion oder Übernahme) und die lokalen Verflechtungen entlang der Wertschöpfungskette Einfluss auf die Auswirkungen der Investition. Zu-

dem ist auch der Wirtschaftszweig, in welchen die Investition getätigt wird, von Relevanz.

Mit Bezug auf diese Faktoren führte die Analyse zu dem Ergebnis, dass insbesondere FDI in einem Wirtschaftszweig des verarbeitenden Gewerbes großes Potenzial haben, positive Effekte zu generieren und Armut im Gastland zu reduzieren. Diese Investitionen sind in der Lage, viele Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Beschäftigte zu schaffen und gehen mit positiven Wissens-Spillovern einher. Bezüglich der Art der Direktinvestition konnte festgestellt werden, dass vor allem die Neugründung von Unternehmen im Ausland und Investitionsvorhaben in Form von Joint-Venture mit eher positiven Effekten für die Armutssreduzierung einhergehen. Positive Effekte entfalten sich insbesondere dann, wenn arbeitsrechtliche Bestimmungen und internationale Arbeitsnormen eingehalten werden. Interessanterweise ist der Großteil der FDI Zuflüsse in Entwicklungsländern bekanntermaßen vertikaler Natur (d.h. die Verlagerung eines Produktionsprozesses ins Ausland) und hat somit unter Beachtung der oben dargelegten Punkte bereits das Potenzial zur Armutssreduzierung.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Vereinten Nationen (OECD) beschreibt FDI als Katalysator für die Schwächen und Stärken einer Volkswirtschaft. Daraus wird die Hypothese abgeleitet, dass FDI unter starken Institutionen im Gastland mit mehr Vorteilen für die Volkswirtschaft einhergehen, als unter schwachen institutionellen Rahmenbedingungen. Die staatlichen Maßnahmen, welche zur optimalen Nutzung der Präsenz ausländischer Unternehmen notwendig sind, lassen sich laut OECD in drei Kategorien gliedern: Ausbau der

Infrastrukturen und Steigerung des Qualifikations- und Technologieniveaus; Schaffung von Regelwerken zur FDI Förderung und Verbesserung des allgemeinen institutionellen und makroökonomischen Rahmens. Das Potenzial der ausländischen Investitionen ist dann größer und der Effekt vorteilhafter, wenn die Investitionen auf jene Wirtschaftssektoren beschränkt sind, in denen ausländische Expertise benötigt und antizipiert wird. Sie sind eher negativ, wenn durch die Auslandsinvestition einheimische Unternehmen vom Markt verdrängt werden.

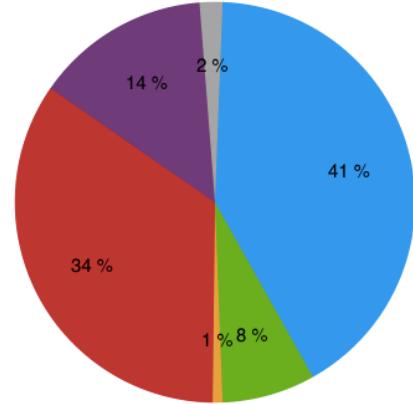
Abbildung 1: Verteilung deutscher Direktinvestitionen im Ausland 2015. Quelle: Eigene Darstellung; Daten: Bestandserhebung über Direktinvestitionen DBB (2018, S. 40-43) und DBB Bestandserhebung 2018.

Die Abbildung veranschaulicht den geringen Anteil Afrikas an den deutschen FDI Beständen weltweit und die unausgeglichene regionale Verteilung auf dem afrikanischen Kontinent. Im Jahr 2015 wurden weltweit deutsche Direktinvestitionen im Wert von 1.055.205 Millionen Euro getätigt. Afrika erhielt davon ca. 0,81 %. Mehr als die Hälfte, ca. 62,56 %, des FDI-Volumens für Afrika ging nach Südafrika (5.336 Millionen Euro).

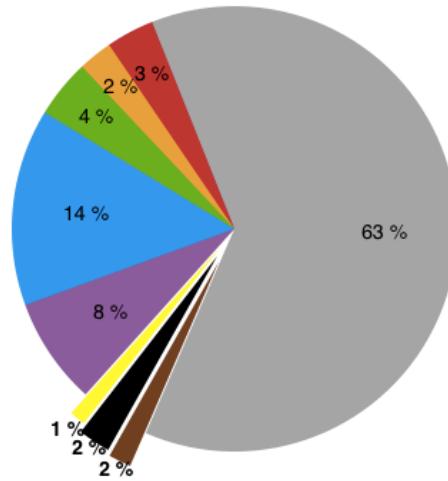
Als wichtigster Kanal, über den FDI Armut reduzieren können, wurde der Beschäftigungskanal mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen definiert. Betrachtet man die deutschen FDI weltweit nach Wirtschaftszweig und Beschäftigtenanzahl, deuten die Ergebnisse darauf hin, dass nicht alle Wirtschaftszweige die gleiche Anzahl an Arbeitsplätzen pro Unternehmen

schaffen. Insbesondere das verarbeitende Gewerbe wird als vorteilhaft für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Armutsreduzierung betrachtet. Im Durchschnitt schaffte ein im verarbeitenden Gewerbe angesiedeltes deutsches Unternehmen im Ausland im Jahr 2014 ca. 231 Arbeitsplätze. Im Vergleich scheint der Wirtschaftszweig der

EU Länder
Asien
Andere europäische Länder
RoW
Afrika
Amerika



Ägypten
Nigeria
Algerien
Tunesien
Marokko
Kenia
Mauritius
Rest v. Afrika
Südafrika



Finanz- und Versicherungsdienstleistungen unterproportional wenig Arbeitsplätze pro Unternehmen zu schaffen. Es ist aber anzunehmen, dass die Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor mit mehr Bruttowertschöpfung einhergehen, als jene im Industriesektor und deshalb auch mehr positive Externalitäten generieren.

Zusammenfassend sind die deutschen FDI Bestände in Afrika bis dato sehr gering und konzentrieren sich nur auf ausgewählte Regionen. Der Großteil der FDI ist im verarbeitenden Gewerbe und darunter mehrheitlich in der Herstellung von Kraftwagen(-teilen) angesiedelt. Im Jahr 2015 wurden deutsche FDI im Wert von 2285 Millionen Euro im KFZ-Sektor verzeichnet. Dies ist ca. das Zwölffache der deutschen FDI in Maschinenbau oder Herstellung elektrischer Ausrüstung. Fast alle Investitionen im KFZ-Sektor befinden sich dabei in Südafrika.

Fazit

Mit Bezug auf das Potenzial ausländischer FDI als Instrument der EZ wurden verschiedene Faktoren betrachtet mit dem Ziel jene FDI zu bestimmen, die sich eher positiv auf die Entwicklung im Zielland auswirken. Die Ergebnisse zeigen, dass ein positiver Effekt auf die Armutsrreduzierung bei einigen FDI wahrscheinlicher ist, als bei anderen. Als vorteilhaft wurden insbesondere vertikale FDI im verarbeitenden Gewerbe mit Ressourcen- und Exportorientierung beschrieben, die lokale Wirtschaftsverflechtungen aufweisen. Damit das Potenzial der FDI in der EZ genutzt werden kann, müssen Rahmenbedingungen mit Lenkungsfunktion definiert und eingehalten werden. Als eine der wichtigsten Rahmenbedingungen wurde die Qualität der Institutionen im Heimatland hervorgehoben. Mit Bezug auf die Forschungsfrage, kann aus der Analyse geschlussfolgert werden, dass die FDI nur dann als Instrument der EZ fungieren können, wenn gewährleistet werden kann, dass sie sich ausschließlich positiv auf das Zielland auswirken. Ist dies gewährleistet, stellen die FDI eine wertvolle Ergänzung zu der Official Development Assistance dar, da sie mit Multiplikat-

toreffekten in Beschäftigung und Kapital einhergehen.

Die Ergebnisse der deskriptiven Analyse deutscher FDI Bestände in Afrika, zeigen die Stärken und Schwächen der bis dato erfolgte Transaktionen auf. Positiv wird die Konzentration der deutschen FDI in das verarbeitende Gewerbe und insbesondere in die Herstellung von Kraftwagen (-teilen) bewertet, da diese in der Lage sind, viele Arbeitsplätze zu schaffen. Die regionale Verteilung der deutschen FDI wird hingegen aus entwicklungspolitischer Sicht eher kritisch gesehen und hat Optimierungspotenzial. Die Ergebnisse unterstreichen die Relevanz von Rahmenbedingungen, wenn FDI als Instrument der EZ genutzt werden sollen. Ferner machen sie deutlich, dass die deutschen FDI zurzeit als Ergänzung der traditionellen EZ genutzt werden können aber eher kein vollkommenes Substitut darstellen.

Eine Schwierigkeit der Arbeit besteht darin, dass Afrika als Kontinent betrachtet wird, wodurch es kompliziert ist, genaue Aussagen über Bedingungen zu treffen, ohne die kulturelle, wirtschaftliche und geographische Heterogenität der Länder durch Pauschalisierungen zu unterschlagen. Weitere Forschung könnte an dieser Stelle ansetzen und eine Betrachtung auf Landesebene durchführen zur Bestimmung der optimalen Form der FDI für ein ausgewähltes afrikanisches Land und konkretere Handelsempfehlungen für die bilateral beteiligten Staaten geben zu können.

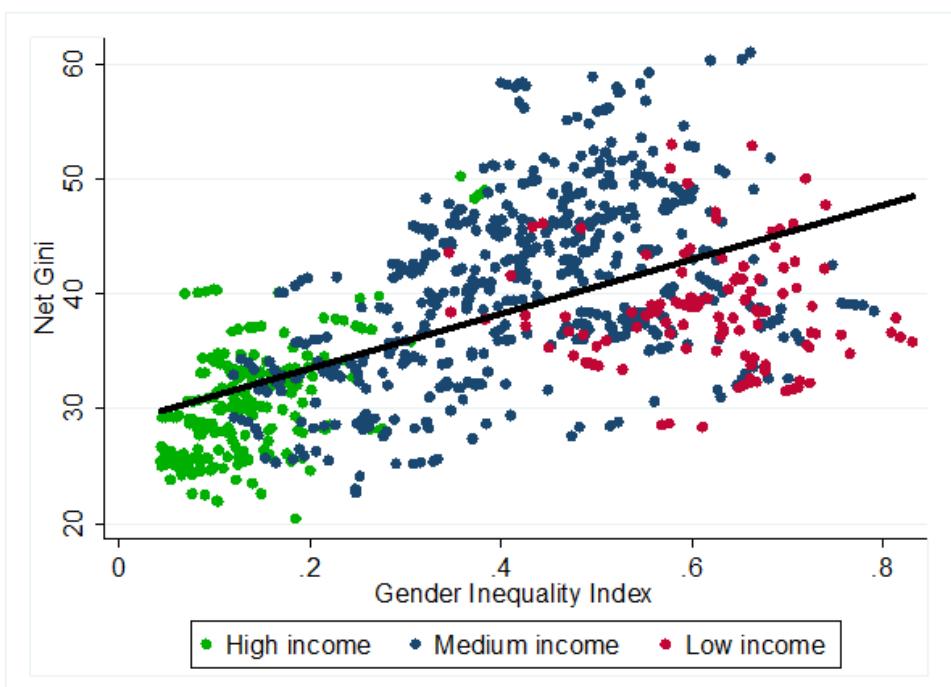
1. Vgl. z.B. Ashoff (2010) oder Klingbiel (2015).
2. Vgl. z.B. De Renzio und Seifert (2014) und Klingbiel (2015).
3. Vgl. Europäisches Parlament (2017) und BMZ (2017a).
4. Vgl. UNCTAD (2018b, S. 80).
5. OECD (2002, S. 16).
6. Stocker (2000, S. 117).
7. Vgl. OECD (2002, S. 19).
8. Vgl. OECD (2002, S. 20).
9. Vgl. Ebd. S.1689.
10. Vgl. DBB (2017b).
11. Vgl. DBB (1998-2018).

Gender and Income Inequality - Explaining Country-Specific, Time-Invariant Heterogeneity

An explorative approach to identify unobserved factors confounding the association between gender and income inequality – by Johannes Hollenbach

Adverse effects of gender inequality and favourable effects of more gender parity on GDP and economic growth have been noted at length in scientific literature (see e.g. Klasen and Lamanna 2009; Duflo 2012; Cuberes and Teignier 2016) and have been picked up in various reports on gender inequality (see e.g. World Economic Forum 2017; Oxfam 2018; PwC 2018).

However, further damaging effects of gender inequality e.g. on income inequality have found only little attention in the literature. The most notable, and frequently cited study on the link between gender and income inequality has been produced by the IMF (Gonzales et al. 2015). Among their main contributions the authors identified gender inequality as a driver of income inequality. Even though Gonzales et al. (2015) use panel data to account for differences in variables between countries



and over time, effects could potentially be confounded by a source of country-specific, time invariant heterogeneity. Country-specific and time-constant particularities, like culture, have been shown to influence income inequality (Malinoski 2012).

This study contributes by first analysing the relationship between gender and income inequality while controlling for country-specific effects and, subsequently, trying to explain the unobserved heterogeneity present.

A glance into descriptive statistics

Figure 1 shows the positive correlation between income inequality and gender inequality

($r = -0.58$). Interestingly, within this correlation, income patterns as well as a non-linear relationship between GDP per capita and income inequality (commonly referred to as 'Kuznets-curve') can also be observed. Richer countries (richest quintile; green) record both, low income inequality and low gender inequality. Poor countries (poorest quintile; red) show relatively high gender inequality but less income inequality than medium-income countries (quintiles 2, 3, and 4; blue). This matches not only the strong negative correlation ($r = -0.86$) between gender inequality and GDP per capita, but precisely a non-linear pattern between GDP per capita and income.

Data

The relationship between gender and income inequality is analysed using panel data for a maximum of 137 countries over 20 years, from 1995 – 2014. In the main regressions, income inequality is measured by the net Gini coefficient (post-tax, post-transfer). The main independent variable is the *Gender Inequality Index* released by the *UNDP Human Development Report*. The index takes several indicators covering women's reproductive health, representation in politics, participation in the work force and education into account. The analysis also uses dimensions of culture introduced by Hofstede (1980, 2001), namely, Power distance, Individualism, Masculinity, and Uncertainty avoidance. To control for differences in legal rules and regulations, legal origins as per LaPorta, Lopez-de-Silanes, and Shleifer (2008) are used. These categorical vari-

ables indicate the historic origin of a country's Commercial Code or Company Law. A country's legal origin can either be French, German, British, Scandinavian or Socialist.

Research Design

First, the results of Gonzales et al. (2015) showing a positive effect of gender inequality on income inequality are tested using an OLS estimation:

$$(1) \text{IncomeInequality}_{it} = \alpha + \beta_1 \text{GenderInequality}_{it} + \beta_2 \mathbf{x}_{it} + \eta_t + u_{it}$$

where the subscripts i and t indicate country and year. \mathbf{x}_{it} is a vector including various controls (see table 1 for details). Time fixed effects η_t are added in every regression run.

Subsequently, the analysis is extended by adding country fixed effects (CFE) to account for time-invariant, country-specific features that may influence income inequality. Culture, geography or history come to mind as the most obvious ones. If the relationship between gender and income inequality indeed suffers from such an omitted variable bias, we should observe β_1 to be statistically insignificant and zero (or close to zero) when adding CFE. Consequently, the final step introduces country-specific time-invariant factors as controls that could influence gender or income inequality: First, the influence of culture is controlled for by adding the four Hofstede-dimensions. Subsequently, geographic features are added by introducing a categorical variable for landlocked countries as well as regional dummies. Lastly, history is controlled for by adding dummies for legal origins.

Since these features do not vary over time, the data points used in these estimations are averages over time by country.

Results

The first results (see table 1, column 1) confirm the findings of Gonzales et al. (2015) where gender inequality is positively associated with income inequality. The effect is statistically significant at the 1%-level. However, once controlling for CFE (column 2), the significance vanishes completely, and the effect is close to zero. This suggests the existence of unobserved country-specific, time invariant factors that influence gender and income inequality. While such an approach may be useful in disputing the findings of Gonzales et al. (2015), it does not, yield any information about the source of the heterogeneity. To explore possible options, the influence of culture, geography and historical particularities is controlled for. This seminar paper falls short of providing a definitive answer to the source of the heterogeneity: Among the cultural dimensions, only Uncertainty avoidance (measure for how much a society tries to reduce uncertainty) shows a statistically significant negative association with income inequality, but the effect is very small. Both, cultural features and legal origin can be ruled out as the source of the heterogeneity as both types of controls do not remove the effect of gender inequality. Interestingly, the analysis finds that countries with British legal origin record significantly higher income inequal-

ity.

Including regional dummies is sufficient to remove the statistical significance of the effect of gender inequality. However, regional fixed effects do not only cover geographic location but region-specific features, such as institutions, geography or religion, thus do not provide one specific source of heterogeneity. This seminar paper finds that European countries record significantly lower income inequality than countries from other regions.

Conclusion

To find a compelling answer to the question of the missing influence, further research on the topic must be conducted. Possible other omitted factors worth looking at would include religion or ethnic fractionalisation. Furthermore, it may be worth analysing the influence each of the building blocks of the Gender Inequality Index on income inequality to get a better understanding of how different aspects of gender inequality influence income inequality.

The findings of this paper show that even carefully conducted studies published by reputable organisations like the IMF, that make for interesting headlines, can be subject to contradicting evidence. As far as policy implications go, decision makers should carefully consider a diverse body of research when deciding how to allocate resources in the fight against income inequality and that a focus on reducing gender inequality may not yield the desired outcomes in terms of income inequality. It does not, however, imply that promoting and fighting for the empowerment of women is in any way unwarranted. It should be, in fact, very desirable, economically, politically, and as a society to work towards equal opportunities for women and men.

Table 1: Gender and income inequality – the influence of culture, geography and history

DV: Net Gini	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
	No CFE	CFE	Averaged	Averaged	Averaged
Gender Inequality	0.332*** (0.084)	0.052 (0.060)	0.376*** (0.083)	0.119 (0.078)	0.162** (0.080)
Standard controls	YES	YES	YES	YES	YES
Power distance			-0.000 (0.000)		
Individualism			-0.001 (0.000)		
Masculinity			-0.000 (0.000)		
Uncertainty avoidance			-0.001*** (0.000)		
Landlocked				0.017 (0.016)	
Asia dummy				-0.023 (0.028)	
Africa dummy				-0.008 (0.035)	
Europe dummy				-0.080*** (0.026)	
North America dummy				0.041 (0.030)	
South America dummy				0.042 (0.029)	
Legal origin: UK					0.075*** (0.015)
Legal origin: FR					0.024 (0.016)
Legal origin: GER					-0.014 (0.017)
Constant	0.271*** (0.013)	0.358** (0.146)	-0.881** (0.335)	-0.329 (0.220)	-0.660*** (0.179)
Observations	417	417	78	124	124
R-squared	0.475	0.971	0.739	0.656	0.608

Robust standard errors clustered at the country level shown in parentheses. Asterisks indicate significance levels:
 * p<0.1; ** p<0.05; *** p<0.01.

Notes: Standard controls include ln GDP per capita, ln GDP per capita squared, Rule of Law, total schooling, trade openness and financial openness. The sample is limited due to availability of Hofstede culture data. Observations of regressions 3-5 use averages over time by country. Thus, the number of observations corresponds to the number of countries in columns 3-5. Columns 1 and 2 use data for 137 countries. The Oceania-dummy and 'Legal origin: Scandinavia' are used as reference categories to avoid multicollinearity. The sample does not include an observation with 'Legal origin: Socialist', which is therefore omitted.

Trade Policy, Maritime Transport and Export Zeros: Product-level Evidence from U.S. Exports

The following is a summary of the Bachelor Thesis by Augustín Faure with the same title and written at the Chair of Empirical Economics (VWL VI) of the University of Bayreuth.

Bilateral trade costs create frictions between trading partners which undermine potential trade flows. Subsequently, these costs have an impact on export probability of any given product. Taking advantage of product-level data on U.S. exports used by Baldwin and Harrigan's (2011) paper named "Zeros, Quality and Space: Trade Theory and Trade Evidence", I reproduced the paper's empirical results. Then I investigated the effects that different types of frictions have on the probability of exporting – i.e. on the incidence of export zeros. Focusing on export probability implies looking at the *extensive margin*, i.e. at the variety of products exported and not at the quantity exported of each variety (the intensive margin). It follows that an export zero is defined to be a trade flow from an exporter to an importer, which could have occurred but did not. Hence, whenever a country produces and exports any product to at least one trading partner, but not all, those unexploited trade flows are registered as export zeros.

Here it is important to make the following remark: Although for cohesion purposes I have set a clear goal – namely, to shed light onto the effects that trade policy and transport have on

the incidence of export zeros. That is, on the econometric theory, estimation strategy, interpretation of results, implications, etc. For this reason, I first replicate and analyze Baldwin and Harrigan's (2011) empirical results and then include new explanatory variables, as well as evaluate the fitness of other already present variables as estimators.

Empirical Strategy

Following Baldwin and Harrigan's (2011) approach, I modelled the incidence of U.S. export as a function of a linear index of distance, market size, and remoteness:

$$\Pr(y_{ij} = 1) = G(\beta' x_{oij}^k)$$

The subscripts being: o , origin country, i , product code, and j , destination country. Also, o always stands for USA, so it can be neglected. By construction of the model and the data considered, $\Pr(y_{ij} = 1)$ reflects the probability of variety i being exported to country j , conditional on i being exported to at least one country j . $G(\cdot)$ is the cumulative distribution function for $y_{ij} = 1$. x_{oij}^k is a column vector of k rows which encompasses k regressors, including the intercept's constant.

β' is the transpose of the column vector of k

rows which consists of k parameters of k regressors. Further, all continuous variables were first logarithmized and then standardized. To predict probabilities, both the Linear Probability Model (LPM) and the Probit Model have different (dis)advantages LPM allows to control for product-level fixed effects, which seems reasonable since each product code may have intrinsically different export probabilities. However, the Probit specification delivers estimates, which lie between zero and one. The results are to be interpreted as marginal effects, that is, for all the standardized variables, the estimated coefficients display a one standard deviation effect of the respective variable on export probability.

Data

I combined trade data on product-level bilateral trade for the U.S. in 2005 with information on import-tariffs and current, more sensible, measurements for distance and connectivity.

The data displays a balanced panel structure with observations for each HS10-product (U.S. 10 digit harmonized system) and the most important trade partners of the U.S. (as potential importers) – in this case, 8,880 HS10-codes x 100 importers, hence 888,000 observations. Important characteristics of this dataset are: (i) that from 888,000 potential trade flows around 70% are zeros, and (ii) that the distribution of these zeros follows a gravity relation. That is, export incidence has a clear negative correlation with bilateral trade costs (captured by distance) and a positive correlation with market size (GDP).

Trade policy data is twofold. First, the data for a dummy variable capturing the presence of preferential trade agreements (PTA) between the U.S. and any of the importers has been obtained

from Mario Larch's Regional Trade Agreements Database from Egger and Larch (2008). Following, I extracted from UNCTAD's Trade Analysis Information System (TRAINS) information on import-tariffs. Important descriptive characteristics of export zeros and trade policy are: (i) that on average, more products are exported to countries with which the U.S. has an acting PTA in force; (ii) that between partners of a PTA import tariffs are on average 6 percentage points (p.p.) lower than between countries without an agreement; and last, (iii) that there is an explicit negative correlation between the amount of products-exported and the average import tariff imposed.

Geography has a considerable influence on e.g. navigable routes, ports availability, etc. Hence, instead of sticking to a simple great circle distance (intuitively, a direct distance in a globe) between two points, I obtained more sensible measures from CEPII's databases. First, a *weighted distance* variable. This measure, proposed by Head and Mayer (2002), accounts for the fact that the economies are not dimensionless points. Second, a *shortest sea distance (SSD)* variable, which considers the shortest navigable route between a country pair.

From UNCTAD's database I recovered an index called Liner Shipping Bilateral Connectivity Index (LSBCI), which indicates a country pair's integration level into global shipping networks.

I observed that the incorporated distances' correlation with the amount of codes exported doubles in magnitude that of the original "simple distance". Regarding the LSBCI, there is a strictly positive correlation between connectivity and the amount of goods exported, hinting it might be a key determinant of export incidence.

Results

Baldwin and Harrigan (2011) were originally interested in the effects of *distance*, *real GDP* and *remoteness* on export probability. On the other hand, *real GDP per worker*, and country specific dummies such as *landlocked*, *common border*, *island* and *language* were included as control variables. After replicating their original results, I found a misspecification in the setting of an interaction term between real GDP and distance in a model with standardized variables. I showed that the order in which the standardization is made when dealing with an interaction term is not trivial, and can substantially change the observed results, leading even to a flip in the signs of the estimated coefficients:

Column (1) of the table below shows that for the LPM all variables of interest but remoteness are not significant. Column (2) shows that the Probit's marginal effects display a disproportionately large distance effect, while a counterintuitive negative real GDP (market size) impact on export probability. I effectively corrected this and obtained consistent results, which are in line with the author's argument, that bilateral distance has a negative impact on export probability, whereas real GDP (market size) and remoteness should affect it positively. These are displayed in columns (3) and (4). In the table, the distinction between Interaction 1 and 2 emphasizes that they are not strictly the same. The second being my correction. Also, the corrected results are in line with all other estimations without such an interaction term.

Following, I turned the analysis towards trade policy. Initially, I noticed that being on a PTA is associated with an increase in export probability of around 10.8 p.p. to 12.4 p.p., but reverse causality could not be ruled out. Import tariffs, on the other hand, follow the WTO's most favored nation (MFN) clause. They should not reflect trade between a specific country-pair but rather of the importer with the world. As a result, they offer a solution to assert trade liberalization's impact on export incidence. The findings show that increasing import tariffs around 20p.p. (one standard deviation), decreases export probability of manufactures by approximately 2.6p.p., but it is otherwise mainly insensitive to non-manufactures.

Concerning maritime transport, I begun by comparing the various distances and regressed several specifications of the same model with the intention of finding which measure was the "driving force". A surprising result arose from regressing a specification in which all three distances were parallelly used. Usually, from econometric theory we tend to believe that high (not perfect) multicollinearity should "only" distort the standard errors from our estimated coefficients by inflating them. This, in turn, should "merely" result on inefficient estimators. On the contrary, I observed statistically significant point estimates for the three distances which differed greatly not only in magnitude, but also in sign! This is exhibited in the first three rows of columns (5) and (6).

A newly published paper by Kalnins (2018) came in handy providing a theoretical argument as to how high multicollinearity between regressors may result in alpha errors. I settled for the best performer, which I argued to be the *SSD* variable and continued my analysis.

I found supportive evidence that transport costs may have a distinct effect on export probability relative to the products' price. In other words, that the pricier a product is, prior to its shipping, the more likely it might be to be exported to distant rather than to neighboring markets. To this end I computed a *SSD* to FAS-price (free along-side) ratio and included it as an explanatory variable. The idea behind being, that lower relative transport costs to unit prices should increase export probability. The comparison between products delivered a negative and statistically significant point estimate, which is consistent with the

main intuition. However, in order to provide certain evidence, firm-level data that allows us to account for within-products differences in prices would be needed.

Finally, connectivity, measured via *LSBI*, appears to be an important determinant in the spatial distribution of zeros. This index measures connectivity from many different man-dependent aspects. Due to this reason the variable is prone to reverse causality or simultaneity. Basically, that trade likelihood between two partners may be the determinant of how well a country-pair decides to be connected, or that both depend on

	Selected Results					
	(1) LPM FE	(2) Probit No	(3) LPM FE	(4) Probit No	(5) LPM	(6) Probit All dist. var.
Model						
HS10 Effects						
VARIABLES		Original		Correction		
Log Distance	-0.1554 (0.1245)	-0.4438*** (0.1426)	-0.0806*** (0.0149)	-0.1011*** (0.0126)	0.1506*** (0.0412)	0.1924*** (0.0365)
Log Weighted Distance					-0.1470** (0.0637)	-0.2335*** (0.0638)
Log Shortest Sea Distance					-0.1029** (0.0496)	-0.0868* (0.0499)
Interaction 1: Log Distance x Log realGDP	0.1553 (0.2728)	0.7107** (0.3008)				
Interaction 2: Log Distance x log real GDP (<i>c.ldist#c.lrgdp</i>)			0.0080 (0.0141)			
Log real GDP	0.0242 (0.2389)	-0.4334* (0.2632)	0.1580*** (0.0146)	0.1785*** (0.0135)	0.1636*** (0.0132)	0.1889*** (0.0104)
Log real GDP per worker	0.0771*** (0.0146)	0.1028*** (0.0137)	0.0771*** (0.0146)	0.1026*** (0.0137)	0.0616*** (0.0129)	0.0859*** (0.0117)
Log Remoteness	0.0580*** (0.0116)	0.0554*** (0.0089)	0.0580*** (0.0116)	0.0553*** (0.0088)	0.0466*** (0.0109)	0.0449*** (0.0083)
	
R-squared	0.2854		0.2854		0.4303	

Note: One-way cluster destination-country robust standard errors in parentheses. The displayed Probits' coefficients are the independent variables' marginal effects at the covariates' mean. All continuous variables have been standarized to have zero sample mean and sample std. dev. of one. The correction estimates the interaction term using Stata's command *c.var1##c.var2*. Marginal effects for binomial variables display the discrete change from 0 to 1.

*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

each other simultaneously. However, the lack of a good instrument makes it difficult to establish a causal relationship.

Conclusion

I was able to reproduce Baldwin and Harrigan's (2011) regressions and to adjust the misspecification, which I believe is, after the modification, even more supportive of the authors' main argument.

My import tariff regressions point towards a broader scope of goods being exported when trade is more liberal. However, the marginal increase observed in export probability varies greatly between types of products leading to the impression that the impact of trade liberalization is dependent on the elasticity of demand for each product.

The distortion found when comparing different distance measures is consistent with Kalnins' (2018) argument that common factor multicollinearity causes type 1 errors in the estimates.

From the maritime transport regressions, I find evidence that, conditioned on distance, the spatial distribution of zeros can be to some extent explained by price.

Last, although I am not able to establish a causal relationship between connectivity and export probability, I believe it is still a good control variable for distance and GDP. Its inclusion serves the purpose of not overstating the effect of GDP or distance.

Interview mit Professor Fabian Herweg



INTERVIEW

Warum haben Sie sich nach dem Abitur für ein volkswirtschaftliches Studium entschieden?

Ich hatte großes Interesse an Politik, insbesondere an Wirtschaftspolitik, aber ebenfalls an Mathematik. Das VWL-Studium war daher eine naheliegende Option, weil es ein Blick auf Wirtschaftspolitik mit einem mathematischen Aspekt ist. Diese Kombination aus Politik, Wirtschaftspolitik und Mathematik hat mich besonders gereizt.

Mit 33 wurden Sie zum Professor berufen.

Warum haben Sie sich damals für eine akademische Laufbahn entschieden und nicht für die freie Wirtschaft?

(Lacht) Das ist mehr oder weniger einfach so passiert. Es gab nach dem Studium noch viele Dinge, in die ich mich vertiefen wollte, aber in die freie Wirtschaft gehen und „richtig arbeiten“ kam für mich damals noch nicht in Frage. Überraschenderweise lief meine Promotion nach dem Studium dann auch sehr erfolgreich mit mehreren Publikationen, sodass sich eine akademische Laufbahn angeboten hat. Es hat mir auch einfach Spaß gemacht, weshalb ich dann dabeibleib.

Wie würden Sie jemandem, der nichts von Wirtschaft versteht, in drei Sätzen erklären was Sie lehren?

Warum Märkte im Grunde eine gute Sache sind. Aber auch, welche Probleme es auf Märkten geben kann und wie in diesen Fällen staatliches Ein-

greifen diese Probleme reduzieren kann.

Sie forschen momentan in der Verhaltensökonomik. An welchen Projekten arbeiten Sie?

Ich beschäftige mich momentan mit den fundamentalen Grundlagen von Entscheidungen unter Unsicherheit. Was treibt eigentlich das Allais-Paradoxon_ und dergleichen.

Haben Sie eine Erkenntnis aus der Verhaltensökonomie, die nützlich für das alltägliche Leben ist?

Selbstbindung.

Was gefällt Ihnen am besten an Ihrem Job?

Die große Freiheit, dass ich meistens einfach morgens aufstehe und machen kann, auf was ich Lust habe.

Wir würden Sie gerne persönlich noch ein bisschen besser kennenzulernen. Welcher andere Job würde Sie reizen?

Das ist wirklich sehr schwierig. Also im Zweifelsfall würde ich dann doch eher etwas Praktisches machen (aber eigentlich bin ich nicht so praktisch veranlagt). Wahrscheinlich würde ich dann ein Fahrradgeschäft eröffnen oder dergleichen.

INTERVIEW

Ihrer Meinung nach das absolute Styling No-Go?

Jeder sollte das tragen in dem er sich wohlfühlt.
Laut Modeblogs sollte das Einstechtuch aber zum
Hemd passen und nicht zur Krawatte oder Fliege.

Das Interview führten Marlene Aupperle und Sophie Mylius



„Zeigen Sie den VWL-Professorenberuf in einer Geste!“

Interview mit Wirtschaftsweiser & Professor Lars P. Feld

Was ist Ihr Forschungsschwerpunkt in der Wissenschaft?

Ich bin von Haus aus Finanzwissenschaftler, also beschäftige ich mich mit der Ökonomie des öffentlichen Sektors. Dabei habe ich immer an der Schnittstelle zur politischen Ökonomik gearbeitet. Teilweise sind die Fragen eher makroökonomisch, beispielsweise spielt Konjunktur eine Rolle, wenn es um Verschuldung geht. Ich habe viel zu Schulden, Fiskalregeln, Steuerwettbewerb und Föderalismus geforscht. Außerdem habe ich im Bereich der politischen Ökonomie zu den Wirkungen der direkten Demokratie und richterlicher Unabhängigkeit gearbeitet. Ich habe also die gesamte Bandbreite der Finanzwissenschaft an verschiedenen Punkten immer wieder in meiner Forschung bearbeitet.

Führte dies in der Folge zur Ernennung zum Mitglied des Sachverständigenrats?

Seit 1974 ist immer ein auf Finanzwissenschaften spezialisierter Ökonom Mitglied im Sachverständigenrat. Das waren immer Kollegen die vorher im wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Finanzen waren. In dessen Beirat bin ich seit 2003, und so fiel die Wahl auf mich.

Was sind ihre Aufgaben?

Ich bin für die Finanzpolitik zuständig. Mein Team und ich sind in die Konjunkturprognose eingebunden, da sich Fiskalimpulse durch den Staat konjunkturell auswirken. Wir sind gefragt bei Be-

rechnungen von strukturellen Defiziten und europäischen Fragen. Diese beziehen sich auf die Fiskalkapazität und die Kompetenzzuordnung des Föderalismus. Wir befassen uns auch mit Steuern, beispielsweise der Finanzierungsseite der Sozialversicherung.

Sie dürfen keine direkten Empfehlungen aussprechen als Sachverständigenrat, sehen Sie dabei ein Problem, also eine Beschränkung ihrer Arbeit?

Wir dürfen keine Empfehlungen aussprechen, da dies eine gewisse juristische Konnotation hat. Bei Empfehlungen hat eine Regierung einen höheren Begründungsaufwand, falls sie diesen nicht folgt. Aber wir geben zu erkennen, was wir für richtig halten. Dies wird von einigen älteren Mitgliedern kritisiert. Diese Position teile ich nicht, denn der Sachverständigenrat richtet sich nicht nur an die Regierung, sondern auch an die Öffentlichkeit. Dies erfordert klare Aussagen.

Wie kommen Sie bei Meinungsverschiedenheiten im Rat zu einem Konsens und welche Möglichkeiten gibt es, wenn der Rat nicht zu einem Konsens kommt?

Es gibt das Instrument des Minderheitsvotums, d.h. falls jemand mit einem Ergebnis oder einer Stellungnahme im Ratsgutachten nicht zufrieden ist, kann diese Person dazu ein Minderheitsvotum schreiben. Diese Möglichkeit ist auch gesetzlich festgelegt. Allerdings kann ein Minderheits-

INTERVIEW

votum nur zu einem im Gutachten behandelten Thema verfasst werden. Obwohl es oftmals ein sehr hartes Ringen ist, haben wir uns eigentlich immer sehr viel Mühe gegeben, einen Konsens zu erreichen.

Welche Probleme oder Gefahren sehen Sie bei der aktuellen wirtschaftlichen Lage?

Die größten Risiken, die wir für die weitere Wirtschaftsentwicklung herausgestellt haben, sind erstens die Probleme, die sich aufgrund des Handelskonflikts ergeben. Zweitens der Brexit, aufgrund der hohen Unsicherheit. Drittens die weiterhin bestehenden Sorgen in der Eurozone hinsichtlich der Stabilität des Bankensystems in Italien und der Reformfähigkeit Frankreichs, damit meine ich auch die aktuelle Lage mit den Gelbwesten. Es können unterschiedliche ungünstige Impulse kommen. Im Moment sehen wir eine deutliche Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung. Vielleicht ist das, was am Rückgang der Exportnachfrage zu beobachten ist, eine stärkere Wirtschaftsschwäche in Asien, insbesondere in China. Vielleicht sehen wir den Impuls, der zum Abschwung führt nicht deutlich genug. Das wissen wir nicht sicher, das sind nur Spekulationen.

Nochmal zum Exportüberschuss in Deutschland, dieser wird von anderen Ländern oftmals als zu hoch angeprangert. Ist dies ein Problem von zu geringen Investitionen oder sehen Sie da kein Problem? Sollte der Staat eingreifen und investieren?

Beim Thema Leistungsbilanzsalden sind wir im-

mer sehr zurückhaltend gewesen. Bis 1973 im Bretton-Woods-System spielte die Zahlungsbilanz eine größere Rolle, da wir in einem Festkurssystem gewesen sind. Heute sind die Salden in der Währungsunion relativ ausgeglichen. Nur Frankreich hat gegenüber Deutschland ein stärkeres Leistungsbilanzdefizit. Der Exportüberschuss ist also in der Währungsunion offensichtlich kein großes Problem.

Der Punkt ist, es ist schwer zu sagen, wann ein bestimmter Leistungsbilanzsaldo pathologisch ist und wann nicht. Dies gilt für Überschüsse stärker als für Defizite. Bei Defiziten muss das Land letztlich bestimmte Summen aufbringen und sich in gewisser Weise im Ausland verschulden, bei einem Überschuss ist dies nicht so. Deshalb haben Leistungsbilanzdefizite eher pathologische Züge. Trotzdem kann ein Land über längere Zeit ein Defizit haben. Beispielsweise in einem kleinen Land, in dem vom Ausland investiert wird, da sich neue und günstige Renditemöglichkeiten öffnen. Auch die Vereinigten Staaten haben seit langer Zeit ein Leistungsbilanzdefizit, da sie die große Reservewährung, den Dollar, haben.

Die Kritiker aus dem In- und Ausland zielen vor allem auf den privaten Konsum ab und sagen, dass stärkere Lohnsteigerungen nötig sind, um diesen zu stärken. Das halte ich für Unsinn. Wenn wir ein Problem haben, dann liegt es an den privaten Investitionen. Denn seit 2005 hat die Ersparnis der Unternehmen zugenommen. Die Unternehmen thesaurieren Gewinne überwiegend im Ausland, reinvestieren und thesaurieren dort erneut. Sie führen diese Gelder nicht zurück und investieren somit nicht in Deutschland. Die Gründe dafür sind vielfältig: Auf der einen Seite spielt Demografie eine Rolle, auf der anderen Seite hat die Regulierungsdichte deutlich zugenommen,

Deutschland ist also technologifeindlicher als andere Nationen.

Bei der Frage ob der Staat mehr investieren soll, bin ich zurückhaltend. Wir haben Nachholbedarf bei den öffentlichen Investitionen, das ist aber kein Problem der Leistungsbilanz, sondern ein Allokationsproblem. Der Effekt tritt nicht in allen Ländern auf, nicht in Bayern und Baden-Württemberg. Das sind bestimmte Länder und Kommunen, die dieses Problem haben. Man sieht sehr deutlich, wo das Phänomen zu niedriger öffentlicher Investitionen virulent ist. Dort verfallen Schulgebäude und Gemeindestraßen durch eine unzureichende Finanzausstattung der dortigen Kommunen. Dies wird nicht dadurch gelöst, dass der Bund 10 Milliarden zusätzlich zur Verfügung stellt, sondern durch eine Veränderung innerhalb des Landes.

Also steuerlich dann?

Was heißt steuerlich, es ist eine Frage der Zuordnung von Finanzkompetenzen. Die Länder sind verantwortlich für die Finanzausstattung der Kommunen. Wenn die Kommunen strukturell unterfinanziert sind, muss das Land das besser machen. Beispielsweise hat Hessen das Problem durch einen neuen Finanzausgleich und eine Teilentschuldung der Kommunen gelöst.

Was halten Sie von einem europäischen Mindestlohn, wie ihn der Finanzminister vorschlagen hat?

Überhaupt nichts. Der Vorteil der europäischen Währungsunion aus ordnungspolitischer Sicht ist, dass die Geldschöpfung aus der Hand nationaler Entscheidungsträger genommen worden ist. Dazu zählen nicht nur die Politiker und Bürokraten, sondern auch die unterschiedlichen Interessen-

gruppen bzw. Interessenverbände. Indem wir die Geldpolitik aus den nationalpolitischen Disputen genommen haben, haben wir für eine Objektivierung des Geldwertes gesorgt. Das ist der große Vorteil der Währungsunion. Denn es sorgt dafür, dass der Wettbewerb innerhalb Europas realwirtschaftlich läuft, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Es ist eine günstige Struktur, dass die Geldpolitik europäisch ist, und der Rest der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Wesentlichen auf der nationalen Ebene verbleibt. Das hat der Stabilitäts- und Wachstumspakt letztlich auch nicht geändert, und das ist auch richtig. Denn dieser bietet Krücken für diejenigen, die Sparen bzw. Konsolidieren wollen.

Also sollten etwaige Mindestlöhne nur auf nationaler Ebene festgelegt werden?

Ich bin bei Mindestlöhnen skeptisch. Aber hier geht es zunächst um die Frage des europäischen Mindestlohns, und da würde ich sagen, dass die Arbeitsmarktpolitik national bleiben muss. Wenn der Mindestlohn ganz niedrig ist, sodass er keine Bindungswirkung hat, ist er mir egal. Wenn er Bindungswirkung hat, entsteht das Problem, dass je höher er wird, umso mehr Beschäftigte erfasst werden, die diese Produktivität nicht leisten können. Im Moment merken wir das kaum, da nach dem IAB der Bundesagentur nur etwa 60.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Diese Beschäftigungseffekte sind auf weniger neu entstehende Arbeitsplätze zurückzuführen. Es hätten also noch mehr Arbeitsplätze entstehen können. Nun sind wir aber in einer hervorragenden Arbeitsmarktsituation, also spielen da 100.000 Arbeitsplätze keine Rolle, wenn auf der anderen Seite in einem Jahr 600.000 neue geschaffen werden. Mit anderen Worten, das Problem

INTERVIEW

kommt mit dem nächsten Abschwung, der dann Strukturprobleme und einen Strukturwandel nach sich zieht. Dann werden wir feststellen, ob der Mindestlohn zu hoch war oder nicht.

Haben Sie zum Schluss noch einen abschließenden Rat für die Studierenden der VWL für die Zukunft?

Der abschließende Rat ist ganz einfach, genießen Sie ihr Studium, machen Sie was daraus, es gibt so viele Jobs, die auf Sie warten. Also ich habe VWL studiert, weil ich es immer interessant fand. Ich habe mir nicht vorgestellt, in die Wissenschaft zu gehen, das waren einfach Gelegenheiten, die

sich geboten haben und das genieße ich bis heute. Außerdem unterrichte ich gerne, aber das Lehren ist nicht meine große Erfüllung. Das Interessante ist, sich mit diesen Fragen auseinander zu setzen, zu forschen und darin zu arbeiten, das macht Spaß.

Vielen Dank für das Interview.

Gerne.

Das Interview führten Marius Kiessling und Florian Lang

Interview mit Alumnus Thomas Kühlmann

Was hast du studiert?

Volkswirtschaftslehre auf Diplom; Schwerpunktfächer: Institutionenökonomik, Markt&Wettbewerb und Dienstleistungsmanagement

Warum hast du dich für IWE/Economics in Bayreuth entschieden?

Rückblickend waren die Campus-Uni, das gute Betreuungsverhältnis (direkten Zugang zum Lehrpersonal und Professoren), die gute Reputation der Uni sowie die vergleichsweise günstigen Lebenshaltungskosten in Bayreuth ausschlaggebend.

Gibt es einen Fehler den du gerne vermieden hättest in deinem Studium, hättest du das früher gewusst?

Natürlich hätte die eine oder andere Note besser ausfallen können ;-) Im Nachhinein hat das für meinen Werdegang aber keinen Unterschied gemacht. Im beruflichen Kontext hat mich niemand mehr auf meine Abschlussnote oder Studiendauer angesprochen. Ich bin froh, für mich eine gute Mischung aus „Wissen für die Klausur“ und „Wissen für mich“ gefunden zu haben.

Inwieweit hat dich der vub beeinflusst oder was verbindest du mit dem vub?

Ich hatte das Glück, den vub mit einigen anderen Mitstreitern gründen zu dürfen. Dass der vub jetzt schon seit mehr als zehn Jahren existiert und sich immer noch Leute finden die ihn aktiv betreiben, macht mich stolz. Von dem was ich sehe, trägt der vub nach wie vor dazu bei, dass Studenten miteinander in Kontakt treten, Spaß haben und Erfahrungen austauschen – das ist das was der vub für mich ausmacht.

Wie ging es bei dir nach dem Studium weiter?

Welchen Beruf übst du aus?

Ungefähr ein Jahr vor meinem Abschluss hatte ich ein Praktikum bei einer Unternehmensberatung gemacht. Hier bin ich dann direkt nach dem Studium als Berater eingestiegen. Nach gut sechs Jahren in der Beratung bin ich schließlich auf die Industrieseite gewechselt. Meine derzeitige Position nennt sich Global Sales Excellence Manager. In dieser Position ist es meine Aufgabe Konzepte zu entwickeln und Prozesse zu etablieren, die die vertriebliche Effizienz und Effektivität im Unternehmen verbessern. Dies dient der Beantwortung der Frage: „Wie sieht gute vertriebliche Arbeit aus?“. Das soll heißen, dass ich unsere Landesorganisationen bei Fragen unterstütze, wie zum Beispiel „Wie identifizierte ich die besten Kunden?“, „Wie plane ich vertriebliche Maßnahmen?“ oder „Wie steuert man einen Außendienst?“ zu beantworten.

Wie bist du dort an diese Position gekommen?

Ich habe mich ganz klassisch darauf beworben ;)

Wie sieht ein typischer Arbeitstag bei dir aus?

Ein Großteil besteht sicherlich aus Arbeit am Schreibtisch bei der ich Konzepte erarbeite, mich mit Stakeholdern abstimme oder Analysen betreibe. Spannend wird es, wenn es darum geht auf Konferenzen oder in Workshops mit den Ländern und Regionen die Theorie in die Praxis zu bringen. Letztes Jahr war ich hierfür bspw. in Südamerika oder Singapur unterwegs, um mit den Teams vor Ort verschiedene Projekte zu starten. In der Umsetzung kann dann vieles über Telefonkonferenzen weiterverfolgt und nachgehalten werden. Mit den Teams und Verantwortlichen vor Ort zusammenzuarbeiten, ist das was mir am meisten Spaß macht.

Was ist dir für Zufriedenheit mit deinem Beruf besonders wichtig?

Dass ich erkenne, dass meine konzeptionelle Arbeit und die Guidelines, die ich entwickle, in die Tat umgesetzt werden und zu einer positiven Entwicklung beitragen. Konstruktives Feedback und offene Diskussionen, um zu lernen, um sich selbst und andere weiterzuentwickeln, das ist mir dabei besonders wichtig.

Welche Kenntnisse aus dem Studium sind nützlich für deinen Beruf?

Ich glaube, ich schöpfe nach wie vor viel aus dem Abstraktions- und Pfadabhängigkeiten-Prinzip aus der VWL. Im Berufsleben muss man Entscheidungen fällen. Grundlegende Einflussfaktoren zu identifizieren, mit Fakten zu unterlegen und daraus möglichst rationale Entscheidungen treffen, die kurz- und langfristige Entwicklungen nach sich ziehen – Sich darüber im Klaren zu

sein, ich glaube das ist etwas was die volkswirtschaftliche Ausbildung ausmacht.

Was würdest du heutigen Studenten empfehlen? Bezuglich Schwerpunktwahl und Ausrichtung ihres Studiums

Schwere Frage. Ich habe den Eindruck, dass es heutzutage unheimlich viel Auswahl gibt, an dem was man machen kann und tun soll. Ich glaube, es ist schon viel wert, wenn man sich klar positioniert. Also ein bestimmtes Studienfach, das einen

interessiert, durchzieht und nicht versucht die Eierlegende Wollmilchsau zu werden. Gleichzeitig halte ich Reisen bzw. Auslandssemester sowie Praktika für eine gute Möglichkeit unterschiedliche Perspektiven zu entwickeln. Wichtig ist, über Grenzen hinaus zu kommen und einen Einblick in andere Regionen zu bekommen. Das hilft dann auch dabei zu entscheiden, wohin die Reise nach dem Studium geht. Dafür darf man meiner Meinung nach auch mal ein wenig länger studieren, arbeiten muss man noch lange genug.

Bericht zum Entwicklungstag des AK Entwicklung

Der Arbeitskreis Entwicklung ist unabhängig vom vub, dennoch möchten wir hier über dieses Thema der VWL informieren.

Nach monatelanger Vorbereitung fand am 01.12.2018 der erste Projekttag zur Thematik Entwicklungszusammenarbeit an der Universität Bayreuth statt. Die Veranstaltung befasste sich mit verschiedenen Problemen rund um das Thema „Entwicklungszusammenarbeit: Neue Dependenz oder Weg in die Selbstständigkeit?“ und lieferte einen ersten Einblick über den komplexen Bereich Entwicklungshilfe. Eingeleitet wurde die Veranstaltung von Prof. Dr. Martin Leschke, welcher einen kurzen historischen Rückblick auf die Entwicklungshilfe gab. Im Anschluss fanden pa-

ralle verschiedene Präsentationen, Diskussionen und Workshops statt, bei denen jeder, ob Studierende, Professor/-in oder Außenstehende seinen/ihren Wissenstand erweitern und selbst einen Beitrag leisten konnte. Besonders interessant waren die verschiedenen Sichtweisen der Referierenden gegenüber entwicklungspolitischen Diskussionen. Vertreten waren dabei zum Beispiel der finanzielle Standpunkt durch Nicolai Tust (Vertreter der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)), der akademische Standpunkt durch Prof. Dr. Theo Rauch (Professor an der FU Berlin) sowie der politische Standpunkt durch Günter Nooke (Afrikabeauftragter des BMZ). Ganz klar trat bei den Veranstaltungen hervor, dass ob-

wohl sich schon seit Jahrzehnten erfahrene Experten/-innen mit der Thematik befassen, noch kein optimaler Lösungsansatz gefunden wurde. Zahlreiche Theorien wurden aufgestellt und wieder verworfen, nachdem sie sich in der Praxis nicht behaupten konnten. Die Gründe für das Scheitern sind dabei vielfältig, angefangen bei einer mangelnden Kommunikation zwischen den Akteuren, über unzureichende Koordination von Entwicklungshilfen bis hin zu fehlenden finanziellen oder materiellen Mitteln. Es ist offensichtlich, dass es unterschiedlicher Konzepte bedarf um regionsspezifisch agieren zu können. Den krönenden Abschluss des Tages bildete eine offene Podiumsdiskussion in welcher alle, ob Experte/-in oder nicht, am Austausch teilhaben konnten. Diese Debatte zeigte, dass bei der Thematik Entwicklungszusammenarbeit noch viele offene Fragen im Raum stehen und wir schlecht beraten wären, wenn wir globalen Entwicklungsfragen weniger Aufmerksamkeit schenken. Daher plant der AK Entwicklung auch in Zukunft derartige Veranstaltungen zu organisieren und seine Palette durch Workshops, Exkursionen und Austauschplattformen zu erweitern.

Bericht von Jennifer Hönicke

IMPRESSUM

Ausgabe #2

Chefredaktion

Florian Lang

Redaktion

- Marlene Aupperle
- Marius Kiessling
- Sophie Mylius
- Jennifer Hönicke

Layout

- Florian Lang
- Felina Wölbl

Adresse

Volkswirtschaft an der Universität Bayreuth (VUB) e.V.

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, 95440 Bayreuth

E-Mail

vub@uni-bayreuth.de

Wenn Ihr Artikel oder Erfahrungsberichte von Praktika und Beruf habt, die Ihr gerne veröffentlicht haben würdet, könnt Ihr uns über diese Mail kontaktieren.

Ein Druckerzeugnis von
 **Primus-Print.de**